

Die deutschen Städte sind krisenerprobt. Als ich das Präsidentenamt beim Deutschen Städtetag vor vier Jahren übernahm, war die Zukunft der Kommunalfinanzen völlig unsicher. Die Gewerbesteuer war praktisch totgesagt. Die wichtigste kommunale Einnahmequelle sollte für immer versiegen. Die Sozialausgaben der Städte dagegen stiegen immer weiter. Der Aufbau der Jobcenter in vielen Städ-



Globale Krise – lokale Wirkung

ten kostete Kraft, und die Kosten für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen und ihren Familien ließen sich kaum kalkulieren. Viele Städte waren gezwungen, einen strengen Konsolidierungskurs zu fahren, manche bis heute.

Was dann kam, war besser als erwartet. Der Deutsche Städtetag hat sich gegen alle Widerstände für den Erhalt der Gewerbesteuer eingesetzt. Mit Erfolg, wie man heute feststellen kann. Es war eine gute Entscheidung der großen Koalition, die Gewerbesteuer als

wichtigste originäre Steuerquelle der Kommunen zu erhalten, sie zu stärken und zu stabilisieren. Deshalb konnten die Städte auch die Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung schlussendlich begrüßen.

Wie gut die Zusammenarbeit der großen Koalition mit den Städten in den vergangenen vier Jahren in vielen Feldern gelungen ist, sieht man auch beim Thema Kinderbetreuung. Der Bund hat gesellschaftliche Verantwortung bewiesen und unterstützt den Ausbau der Kinderbetreuung mit insgesamt vier Milliarden Euro.

Besser als erwartet entwickelten sich auch die Kommunalfinanzen. Der konjunkturelle Aufschwung bescherte vielen Städten, gerade auch dank der Gewerbesteuer, wachsende Einnahmen. Sie konnten wieder stärker in ihre Infrastruktur investieren und sogar teilweise Schulden abbauen.

Es ging bergauf für viele Städte, aber längst nicht für alle. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Das wird allein daran ersichtlich, dass trotz der kommunalen Haushaltsüberschüsse bundesweit das Niveau der Kassenkredite nicht sinkt. Immer noch können viele Städte ihre laufenden Ausgaben nicht aus eigener Kraft bezahlen und müssen dafür neue Schulden aufnehmen.

Was jetzt kommt, wird wohl schlimmer als bislang erwartet. Die in diesem Ausmaß nie dagewesene Finanz- und Wirtschaftskrise ist global. Doch sie wirkt lokal. In einer Reihe von Städten brechen die Steuereinnahmen bereits jetzt dramatisch ein. Viele Unternehmen fordern bereits gezahlte Gewerbesteuer zurück und verringern ihre Vorauszahlungen. Immer mehr Arbeitslose bedeuten aber über kurz oder lang höhere Sozialausgaben für die Städte. Gerade jetzt ist es unverzichtbar, dass sich Bund und Länder auf eine Lösung für die Zukunft der Jobcenter und Optionskommunen einigen. Die Langzeitarbeitslosen brauchen ein funktionierendes System von Hilfen, und die Arbeitsagenturen müssen arbeitsfähig bleiben.

Eine handfeste Hilfe für die Städte sind ganz sicher die zehn Milliarden Euro für kommunale Investitionen, die der Bund mit dem Konjunkturpaket II bereitstellt. Sie werden die Folgen der Krise abmildern. Erfreulich ist auch, dass vielerorts besonders finanzschwache Städte von den Mitteln profitieren, die in den vergangenen Jahren kaum aus eigener Kraft investieren konnten.

Krisen zehren an der Substanz. Daher müssen jetzt alle politischen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – an einem Strang ziehen, um die Krise gemeinsam zu meistern. Aber Not macht auch erfinderisch. Deshalb ist jetzt die richtige Zeit, um neue Wege zu wagen und gemeinsam zu handeln.

*Christian Ude
Präsident des
Deutschen Städtetages und
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt München*